

Das Landgerichtsgebäude in Stendal als preußischer Staatsbau

I.

Seit 1824 hatte die Justiz in Stendal ihr Domizil am jetzigen Standort der Justizvollzugsanstalt, mit der Bezugsfertigkeit des Neubaus des heutigen Landgerichts Stendal im Jahr 1879 an der Ecke Hallstraße/Am Dom wurde dieses Gebäude Sitz des Landgerichts, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft.

Das Gelände der Justizvollzugsanstalt wurde am 05. März 1694 durch die preußische Regierung von dem damaligen Stendaler Bürgermeister Benedict Herms erworben. Die darauf stehenden „alten Gebäude wurden im Juli 1824 zu Justizgebäuden bestimmt und enthielten das Land- und Stadtgericht, später die General-Commission und Kriminal-Gericht, Gefangenenhaus und Kreisgericht“ (aus: Liegenschaftsnachweis Oberlandesgericht Naumburg, Landeshauptarchiv Magdeburg, Fol. 198). Diese Gebäude wurden abgerissen; und - wie der Chronist ausdrücklich vermerkte - künstlerische, geschichtliche oder kulturelle Werte sind nicht erhalten worden.

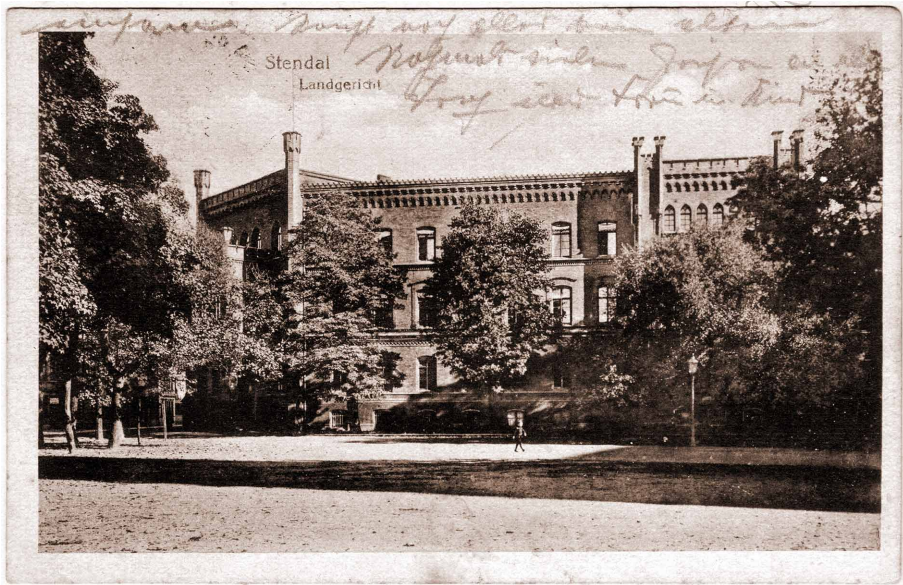
Die Flächen, auf denen von 1876 bis 1879 das Gebäude des Landgerichts Stendal errichtet wurde, wurden durch den preußischen Fiskus 1854 und 1874 von dem Maurermeister Schulze aus Stendal gekauft. Der Erwerb dieser Erweiterungsflächen erfolgte aus der Notwendigkeit heraus, den Stendaler Justizbehörden ein angemessenes Bürogebäude zur Verfügung stellen zu müssen. Die Vorbereitungen für die Errichtung des Neubaus müssen schon vor dem Erwerb der letzten Teilfläche im Jahr 1874 begonnen worden sein, denn der erhaltene Erläuterungsbericht des Stendaler Kreisbaumeisters Schröder vom 12. August 1875 „betreffend das Project zum Neubau des Gerichtsgebäudes in Stendal“ beginnt mit der ziemlich beleidigt klingenden Feststellung: „Nachdem auch das zweite, unterm 28. August 1874 eingereichte Project zum neuen Gerichtsgebäude in Stendal, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit und Gestalt des Bauplatzes, beanstandet worden, ist in der Abtheilung für das Bauwesen, im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ein drittes Project, bestehend aus 6 Blatt (sic!) Zeichnungen, ausgearbeitet,“ Dieses dritte Project wurde dann verwirklicht.

Der Krieg 1870/71 gegen Frankreich, der mit der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles seinen Abschluss fand, lag erst drei Jahre zurück. In die Kassen des Reiches floss die von Frankreich zu erbringende Kriegskontribution von fünf Milliarden Goldfranc. Dieser Geldstrom hatte nach der Überwindung der Depression von 1873 einen erneuten Aufschwung und die Gründung von Industriebetrieben im gesamten Reichsgebiet, den Ausbau der Infrastruktur - hier insbesondere Eisenbahnlinien und Fernstraßen - und eine rege Bautätigkeit in den einzelnen Staaten des Kaiserreiches zur Folge, eben die Gründerzeit. In den Gebieten des preußischen Königreiches - von Memel bis Aachen und Kiel bis Koblenz - entstanden Verwaltungsgebäude, Postämter, Bahnbetriebsbauten und Kasernen in großer Zahl und mit erstaunlich kurzer Planungs- und Ausführungszeit. Eine Betrachtung der Bau-

weise und des Stils macht allerdings eine Typisierung und Standardisierung der Bauprojekte wahrscheinlich.

Im Straßenbild der Städte sind die Bauten der Gründerzeit an ihren speziellen Ausstattungsmerkmalen wie Halbsäulchen, Bekrönungen, Erker, Pfeilervorlagen und Gesimsen leicht erkennbar. Im norddeutschen Flachland kommt als „Markenzeichen“ die Bauausführung in roten oder gelben Mauersteinen hinzu, wobei die gelben Klinkersteine überwiegend in der Mark Brandenburg und der Lausitz Verwendung fanden. Im Stendaler Stadtbild fallen insbesondere die Hallen des Reichsbahnausbesserungswerkes (RAW) am Nachtigal-Platz, die frühere Hauptpost in der Hallstraße, die ehemalige Kaserne „Albrecht der Bär“ (jetzt Justizzentrum) in der Scharnhorststraße, mehrere Schulbauten, der Hauptbahnhof und der Komplex des Landgerichts Stendal in der Straße Am Dom mit der Justizvollzugsanstalt Stendal in der Hallstraße auf.

Allen diesen Bauwerken gemeinsam ist neben der durch ihre Aufgaben bedingten Funktionalität der Eindruck von Größe, Repräsentation und Staatlichkeit - wobei aber jeder Anschein von Protzigkeit oder gar Luxus vermieden wird. Sie sind Symbole ihrer jeweiligen Funktion und in jeder Stadt durch ihre typischen Ausstattungsmerkmale als Postamt, Bahnhof oder Gericht zu identifizieren.



- Bild 1 - Landgericht Stendal -

Ein vergleichender Blick auf andere altmärkische Städte zeigt, dass auch die dort errichteten

Staatsbauten der gleichen Zeit keinen anderen Eindruck hinterlassen. Aufwendige Bauausstattungen - nicht selten mit barocken Formelementen, Anleihen in der Renaissance oder ab Anfang des 19. Jahrhunderts im Jugendstil - finden sich in den Haupt- und Residenzstädten der einzelnen Reichsländer und preußischen Teilstaaten bzw. bei den Bauten, die oberste Landesbehörden beherbergten. Wobei die sonst eher bescheiden hausende Justiz keine Ausnahme machte. Als Beispiel seien an dieser Stelle für das Land Sachsen-Anhalt der sogenannte Justizpalast in Magdeburg (Landgericht), das Landgerichtsgebäude Halle und der schöne Bau des Oberlandesgerichts Naumburg genannt. In diesen Bauten wurde das Bedürfnis des Staates nach Repräsentation, aber auch nach Dokumentation des Herrschaftsanspruchs gegenüber dem Individuum deutlich betont. Das in den Eingangshallen dieser Bauten herrschende dämmerige Licht verstärkt für den Besucher den Eindruck der Ohnmacht und Nichtigkeit der eigenen Person. Die prunkvolle Gestaltung des Raumes wird erst sichtbar, wenn sich die Augen an das Zwielicht gewöhnt haben, verstärkt dann aber noch den gewollt beklemmenden Eindruck. Erzeugt wird dieser Effekt durch den weitgehenden Ausschluss des Tageslichts durch kleine und in größerer Höhe angeordnete Fenster.

Auch die kleine Vorhalle hinter dem Haupteingang des Landgerichts Stendal bemüht sich, dieses offenkundige Anliegen der preußischen Baumeister mitzutragen, wobei die breite Treppe zum Erdgeschoss noch einmal deutlich macht, dass der Bürger Recht und Gesetz des Staatswesens untertan ist - er muss zum Gericht hinaufsteigen.

Die schon im Zugang des Gebäudes liegende Symbolik ist nicht zufällig. Gestaltung und Ausstattung spiegeln die Rechtsauffassung und die Rechtsordnung der Entstehungszeit - den Zeitgeist wilhelminischer Prägung - wieder. Aber auch die Kontinuität der Rechtsprechung wird betont. Die im Mittelalter als Gerichtsort dienende Gerichtslaube - in Stendal am Rathaus ebenso sichtbar wie in Salzwedel am ehemaligen (gotischen) Rathaus und jetzigen Amtsgericht - wird durch das von Pfeilern getragene überdachte Portal des Landgerichtsgebäudes zitiert - *hic habitat iustitia* -.

Für die eingangs berichtete mehrfache Neuprojektierung des Bauvorhabens machte der weiland königliche Kreisbaumeister Schröder die Gestalt und Beschaffenheit des Bauplatzes verantwortlich. Das Grundstück bildet ein unregelmäßiges Viereck mit zwei spitzen und zwei stumpfen Winkeln. Die Ausnutzung des Platzes war mithin nur möglich, wenn das Bauwerk parallel zu den längeren Seiten des Grundstücks errichtet wurde. Es darf angenommen werden, dass außerdem in städtebaulicher Sicht auf das Dom-Ensemble und aus Sicht der Justiz auf das angrenzende Gefängnis Rücksicht zu nehmen war.

Die beiden Flügel des Gebäudes bilden einen stumpfen Winkel, der durch das schräg zum Straßenverlauf gestellte Mittelrisalit mit dem Eingangsportal geteilt und zugleich betont wird. Die lange Straßenfront des Baukörpers, die mit den Eckpfeilern der Hofmauer an der Ecke Hallstraße beginnt, wird durch den abgesetzten zweistöckigen Kopfbau und den etwas vorspringenden dreistöckigen Hauptflügel aufgelockert. Die Fassade wird im Bereich des ehemaligen großen Sitzungssaals durch einen Versprung besonders hervorgehoben. Dazu dienen diagonal gestellte gestufte Pfeilervorlagen im Erdgeschoss, im ersten Obergeschoss eine aus gebrannten Formsteinen errichtete Säule über achteckiger Trommel und darüber wieder ein

diagonaler Pfeiler bis zum Dachansatz.

Der unterste Pfeiler trägt zwei Abdachungen aus Sandstein, die Säule wird von einem Sandsteinkapitell im korinthisierenden Kompositstil bekrönt. Der obere diagonale Pfeiler wird durch ein Wulstkapitell abgeschlossen.

Diese Pfeiler- und Säulen-Komposition wiederholt sich an der Begrenzung des Mittelrisalits ebenso wie bei der Hervorhebung der Fassade im Bereich des Plenarsaals des Landgerichts Stendal.

Die Zusammenfassung der Fassade in der Senkrechten war in Betracht der Gesamthöhe des Baus und der hohen Fenster ein gestalterisches Problem. Das Kellergeschoss hat über der Erde eine Höhe von 2,10 m bei 3,0 m Gesamthöhe, das Erdgeschoss ist 4,30 m, das erste Obergeschoss 4,70 m hoch. Das zweite Obergeschoss misst immer noch 4,0 m (Maßangaben jeweils lichte Höhe). Die Gebäudehöhe beträgt unter Berücksichtigung der Deckenstärken etwa 18 Meter. Durch die Vor- und Rücksprünge der Fassade wird der bei einer durchlaufenden geraden Fassade zu massig wirkende Baukörper in einzelne Bauglieder geteilt, die ihre jeweilige Funktion - hier Sitzungssaal - nach Außen kundtun. Die senkrechten Linien werden

durch die begrenzenden gestuften Pfeiler und Säulen zugleich gebrochen und betont.

Die horizontalen Linien des Baus werden durch die Fensterreihen mit ihren durchlaufenden Sohlbänken aus glasierten Tonplatten und durch das hohe profilierte Gurtgesims aus Wesersandstein über dem Kellergeschoss gebildet. Als besonderes Schmuckelement wurde ein Fries aus kreuzförmigen Formsteinen und ein weiterer aus diagonal gestellten Ziegeln aufgemauert.



Die Errichtung eines vollständig aus gebrannten Ziegeln bestehenden Verwaltungsgebäudes scheint zur Entstehungszeit des Gerichtsgebäudes - zumindest in der Altmark - ein Novum gewesen zu sein. Die Mehrzahl der bestehenden und wohl auch neu gebauten Häuser war noch in hergebrachter Fachwerktechnik erstellt. Im Erläuterungsbericht gibt Kreisbaumeister Schröder ausdrücklich an: "Die Umfassungsmauern im Souterrain werden bis zur Höhe des Sockelabsatzes ... aus Velpker Bruchsteinen, von dort durch sämtliche Etagen von Mauersteinen im Rohbau erbaut; ebenso werden die sämtlichen Scheidemauern, auch im

Bild 2 Eingangsportal

Souterrain, aus Mauersteinen aufgeführt. Die Außenflächen der Umfassungsmauern werden mit Verblendsteinen bekleidet.“

Dass es sich um ein nach neuen bauphysikalischen Erkenntnissen zu errichtendes Bauwerk handelte, erhellt auch aus den folgenden Ausführungen des Kreisbaumeisters: „Zur Abhaltung der Erdfeuchtigkeit sind ... Isolierschichten von Asphalt in der Höhe des Sockelabsatzes desgl. bei den Scheidemauern (Innenmauern, Anm. d.Verf.) unmittelbar über dem Fußboden des Souterrains angenommen; außerdem sind die Außenmauern des Souterrains mit Luftisolierung bis zur Höhe des natürlichen Terrains aufzuführen.“

Leider führte diese Bauweise - ohne doppelte Sperrschicht und Außenisolierung - in der Folge zu Nässeschäden in den Kellerräumen, die noch nicht beseitigt werden konnten.

Für die Bauausführung wurden Ziegel im Reichsformat verwendet, die etwa 0,5 cm höher und länger sind, als die heute gebräuchlichen Klinker. Darunter waren auch Steine, die offenbar in einer königlich preußischen Manufaktur oder Ziegelstätte produziert worden sind; sie sind mit dem brandenburgischen Adler gestempelt. Drei dieser Ziegelsteine kamen im Bereich des jetzigen überdachten Fahrradständers nach dem Abriss des Heizhauses unter der Putzschicht wieder zum Vorschein.

Im Jahr 1998 wurde an der Hofseite des Gebäudes ein Fahrstuhlturm errichtet, der im Ziegelformat und in der architektonischen Gestaltung den Schmuckformen und dem Stil des Hauses angepasst wurde.

In den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges wurde durch Bombentreffer der südliche zweigeschossige Kopfbau zerstört. Über diesen Gebäudeteil bestand im Keller ein direkter Zugang zum Gerichtsgefängnis, der die sichere und unbeobachtete Zuführung der Inhaftierten in den Schöffensaal und den Plenarsaal gestattete. Die Zuführung erfolgt nunmehr über den Hof und das Nebentreppenhaus mit direktem Zugang zu den modernen Verwahrzellen im Kellergeschoss.

Der parkartig gestaltete Hof ist 1998 unter Schaffung befestigter Stellplätze und Wege



- Bild 3 Pfeiler und Frieze als Fassadengliederung - Hofseite -

völlig neu angelegt worden. Er wird beherrscht durch die großartigen Bäume - darunter ein alter Ginkgo biloba, der einen neugepflanzten Jungbaum bekommen hat, und zwei mächtigen Platanen als Exoten, Kastanien und Linden als Vertreter einheimischer Bäume. Die planerische Neugestaltung dieses schönen Parks lag in den Händen des Gartenbauarchitekten Hubertus v. Rundstedt, Schönfeld.

III.

Die innere Gestaltung des Gerichtsgebäudes war durch seine Funktion bestimmt. Es sollte neben dem Landgericht auch die Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht beherbergen. Aus dem schon zitierten Liegenschaftsverzeichnis ergibt sich die folgende Aufteilung des Gebäudes:

dem Amtsgericht waren 29 Geschäftsräume mit insgesamt 823 m² Fläche zugeordnet, dem Landgericht standen 27 Geschäftsräume mit 976 m² zu - hier wirkte sich die Größe des Plenarsaals deutlich aus -

die Staatsanwaltschaft war in 12 Geschäftsräumen mit 487 m² Fläche untergebracht.

Weitere 13 Nebenräume mit 816 m² Fläche für Archivzwecke und ähnliches standen den drei Behörden ebenfalls zur Verfügung.

Eine Dienstwohnung für den Justizwachtmeister mit stolzen 106 m² Wohnfläche, bestehend aus zwei Wohnräumen, einem Schlafraum und einer Küche, war im Souterrain vorhanden.

Kreisbaumeister Schröder schreibt zur Einrichtung des Gebäudes in seinem Erläuterungsbericht: „Hinsichtlich der Bauart und Ausgestaltung des Innern ist es im Wesentlichen bei den schon im Erläuterungsbericht vom 23. August 1874 dargelegten Einrichtungen geblieben, so dass also das Souterrain und die Corridore in sämtlichen drei Etagen, einschließlich Vestibül (!) und Treppenhaus, und die Räume für das Grundbuchamt im Erdgeschoss überwölbt werden, und zwar letztere sowie die Wohnräume im Souterrain unter Anwendung eiserner Träger. ... Was die Fußböden anbetrifft, so ist für das Vestibül und den Corridor im Erdgeschoss Belag von Sandsteinplatten, für die Souterrainräume Mauersteinpflaster theils mit, theils ohne Asphaltüberzug berechnet. Die sämtlichen übrigen Räume in den drei Etagen und ebenso die Wohnräume im Souterrain erhalten gedielte Fußböden.“

„Vestibül und Corridor“ wurden mit Terrazzo anstelle der ursprünglich geplanten Sandsteinplatten belegt.

Das Grundbuchamt musste nach den bestehenden Vorschriften weitgehend feuersicher errichtet werden, so dass die teure Einwölbung hier zwingend war. Anstelle der sonst üblichen preußischen Kappendecken, die nur gemauert werden, kamen für die Einwölbung Eisenträger mit Ausmauerung zum Einsatz. Die Spannweite der Gewölbe dürfte dafür ausschlaggebend gewesen sein.

Die Dienstzimmer sind mit glatten Balkendecken versehen. In den ursprünglich drei Sitzungs-

sälen des Landgerichts und dem Schöffensaal des Amtsgerichts im Erdgeschoss (heute Saal 121) ist die Decke mit sichtbarer Holzkonstruktion und Schnitzereien gestaltet. Die umlaufende Holzvertäfelung der Wände bis zur Höhe der Fensterbrüstungen unterstreicht die besondere Bedeutung der Sitzungsräume und damit die Würde des dort tagenden Gerichts.

Der Plenarsaal (Saal 218) als größter Saal des Landgerichts hat eine lichte Höhe von sechs Metern. Die Balkendecke ist aufwendig mit Balken in monumentaler Größe, eingeschobenen Paneelen und farblich hervorgehobenen Profilierungen gestaltet. Die modernen Ringkronen fügen sich in das Gesamtbild dieses Saales ein. Auch die dem Fortschritt geschuldeten technischen Einrichtungen der Video-Konferenzanlage konnten unauffällig installiert werden.

Besondere Freude löste die Entfernung der Kunststoff-Wandverkleidung im Saal 121 - dem früheren Schöffensaal - aus. Unter der Verkleidung kamen die Wandvertäfelung und die Deckenbalken fast unbeschädigt wieder zum Vorschein. Die ursprüngliche Farbgebung war noch sichtbar. Dem Saal konnte so sein früheres Aussehen wieder gegeben werden. Selbst die durch Kriegsschäden notwendig gewordene Unterfangung der Holzbalkendecke durch einen Stahlträger wurde unauffällig angepasst.

Der Erläuterungsbericht legt natürlich auch die Behandlung der Wandflächen und der Flure fest. Dazu wurde vorgegeben: „Die inneren Wandflächen werden mit Kalkmörtel geputzt“ (die Bedeutung dieser Art der Putzausführung wurde den im Landgericht tätigen Mitarbeitern und dem Publikum während der diversen Umbau- und Renovierungsarbeiten nachdrücklich klargemacht, die Staubentwicklung war unübersehbar.) „... und je nach der Bedeutung der Räume mit Feldertheilung gemalt oder in einfachen, hellen Tönen mit Leimfarbe gestrichen; ... Die Pilaster nebst Gurt- und Gratabögen der Kreuzgewölbe im Vestibül und Treppenhaus werden mit profilierten Gliederungen von Gyps gezogen.“

Die Bedeutung dieser schlichten Vorgaben wurde im Laufe der Restaurierung der Sitzungssäle, des „Vestibüls“, des Treppenhauses und der Flure deutlich.

Die durch mehr als 100 Jahre aufgetragenen vielen Farbschichten wurden durch den Sachverständigen Herrn Gerhard Marquardt, Salzwedel, untersucht und dokumentiert. Die ursprüngliche Farbgebung der Flure und des Plenarsaals konnte so weitgehend wiedergewonnen werden. Das heutige Aussehen nimmt diese Ausgestaltung wieder auf. Bestimmt wird die Farbigekeit durch die in der Entstehungszeit des Gebäudes modische Reflexion der Antike und die Kombination von Gestaltungs- und Bauelementen früherer Kunstperioden. Pompeianisch Rot für Pfeiler oder betonte Wandflächen, troianisch Blau für Decken und Gelb- und Ockertöne der Renaissance und des Frühbarock wurden verwendet. Die ursprünglichen Farbtöne waren wesentlich gedämpfter und dunkler. Die heutige helle Freundlichkeit der Flure des Gerichts soll einladen und dazu beitragen, die latent vorhandene Anspannung der Besucher zu lösen.

Die Inneraumgestaltung wird besonders sichtbar im Eingangsbereich, in der Kreuzung der Flure mit dem zentralen Treppnbau. Die vier Ecken des Raumes werden durch Pfeiler mit geradem Kapitell gebildet, die die gleichbreiten Gurtbögen tragen. In die von den Pfeiler

gebildeten Ecken sind Halbsäulen mit Blattkapitell gestellt, aus denen die Kreuzrippen des Gewölbes aufsteigen. Die Pfeiler, Rippen und die sphärischen Dreiecke der schönen Kreuzgewölbe sind in Pastellfarben hervorgehoben. Die Gelbabstufungen betonen die Profilierung der Rippen und kontrastieren zum hellen Blau der Decke. In den Eckprofilen der Pfeiler wird diese Abstufung wiederholt. Die tragende Funktion der Pfeiler und Säulen und das Zusammenspiel mit den Gurtbögen und Kreuzrippen wird durch den Farbverlauf sichtbar.

Die an den Verlauf des Gurtbogens des Eingangs angepasste Tür mit Dreipass-Schmuck ist bewusst farblich abgesetzt zur Betonung und Kenntlichmachung ihrer Funktion.

Die abgehenden Flure sind gegenüber dem Treppenhaus betont schlicht gehalten und wirken durch das Fensterband und die farbliche Gestaltung der Türen.



- Bild 4: Plenarsaal des Landgerichts Stendal -

eigenen Hauptfernsprechstellen und 46 ebenfalls posteigenen Nebenfernsprechstellen bestand, handbedient ist hinzugefügt.

IV.

Im Liegenschaftsverzeichnis ist auch die technische Ausstattung des Gebäudes beschrieben: zur Erbauungszeit war schon Wasserversorgung und Kanalisation vorgesehen. Die Beleuchtung erfolgte zunächst durch Gaslicht. Über die später installierte Beleuchtungsanlage - für elektrische Büromaschinen gab es noch keinen Leitungsbedarf - ist notiert:

Beleuchtung: Elektrisch, 1 reichseigene Schalttafel. Der Elektrizitätszähler ist Eigentum des Altm.Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes (heute Stadtwerke Stendal).

Die Beheizung erfolgte durch eine Warmwasserheizung, deren Leitungsrohre heute noch in Benutzung sind. Dazu ist vermerkt: „3 Dauerbrandöfen zur Beheizung der Räume für den Wochenendkarzer“.

Nach dem 1. Weltkrieg ist eine für die Zeit umfangreiche Telefonanlage eingerichtet worden, die aus drei post-

Außerdem gab es zwei Haustelevone zum Gerichtsgefängnis - je eins für das Amtsgericht und das Landgericht. Der Sicherheit diene ferner eine elektrische Klingelleitung zu den einzelnen Geschäftsräumen im Gerichtsgebäude und eine Alarmvorrichtung vom Kassengewölbe zur Dienstwohnung des Justizwachtmeisters.

In jedem Stockwerk gab es weiter eine Zapfstelle mit Feuerlöschschlauch und Strahlrohr, die erst 2001 abgebaut wurden und bis dahin funktionierten. Aus der Kriegszeit stammt der handschriftliche Zusatz „6 verzinkte große Wasserbottiche und 12 dazu gehörige Eimer für Luftschutzzwecke“.

V.

Preußischen Beamten wird gemeinhin besondere Korrektheit und Genauigkeit im Befolgen von Gesetzen und Verordnungen - besonders Polizeiverordnungen - bescheinigt. Dass an dieser Einschätzung Zweifel erlaubt sind, zeigt der nachfolgend in Auszügen dargestellte Schriftwechsel. Am 27. Januar 1880 schreibt die Stadtverwaltung Stendal an den Landesgerichtspräsidenten Herrn Fromm Hochwohlgeboren - Hier -.

(Anm.: die Angabe Landesgericht wird heute noch gelegentlich von der pp. Verwaltung verwendet.) „Es ist schon den ganzen Winter über seitens des betr. Revierpolizei Beamten Klage darüber geführt worden, dass vor dem königl. Landgericht sowie auch v. d. alten Gerichtsgebäude in der Breitenstrasse und in der Hallstrasse bei eingetretener Winterglätte auf dem Bürgersteige und d. Fahrdamm (das Wort „niemals“ durchgestrichen und darüber von anderer Hand geschrieben) sehr selten Asche oder Sand gestreut worden ist, wie dieses die P.V. (Anm. Polizei-Verordnung) v. 26/1.54, die schon mehrfach in Erinnerung gebracht ist, vorschreibt. Die P.B. haben versucht die in den Gebäuden wohnenden Gerichtsbeamten zur Erfüllung dieser Vorschrift anzuhalten, bald hat jedoch der eine, bald der andere gesagt, dass ihn dieses nichts angehe. - Ew. Hochwohlg. (Anm. Euer Hochwohlgeboren) werden ganz untertänig gebeten, diese Angelegenheit regeln u. der P.V. (wohl Polizei-Verwaltung) baldgefälligst mittheilen lassen zu wollen,



- Bild 5 - Kreuzgewölbe im Eingangsbereich -

wem die Reinigung ... obliegt ... und wer verantwortlich gemacht werden kann.“

Am 4. Februar 1880 antwortet der Königliche Landgerichtspräsident der Polizeiverwaltung - Hier - in gestochen schöner Sütterlin-Schrift:

„Die Polizei-Verwaltung benachrichtige ich auf das gefällige Schreiben vom 27. Januar - No. 878 - ergebnis, dass die Reinigung pp. der Straßenfläche vor den Gerichtshäusern in hiesiger Stadt übertragen ist: - es folgt die Zuordnung der einzelnen Straßenteile zu dem jeweils im Hause wohnenden Hilfsgerichtsdieners, Gerichtsdieners bzw. Kastellan - mit dem kategorischen Zusatz: „... falls sie (Anm.: die Gerichtsdieners) den polizeilichen Bestimmungen nicht pünktlich nachkommen sollten, sie die etwa polizeilich festzusetzenden Strafen zu tragen hätten.“

In der Folgezeit wurde die Stendaler Polizei-Verwaltung durch das Königliche Landgericht mehrfach über Veränderungen in der Person des jeweils zuständigen Gerichtsdieners in Kenntnis gesetzt. Die Zuweisungen wurden in einer Reinigungsliste erfasst und den betreffenden Mitarbeitern per Umlauf zur Kenntnis gegeben.

Anstände hat es wohl nicht mehr gegeben, bis zum offenbar überraschenden Schneefall in der Nacht vom 23. zum 24. Januar 1906, als Polizei-Sergeant Büsing Dienst hatte und am frühen Morgen um 08.15 Uhr feststellte, dass das Trottoir vor dem Gerichtsgebäude Am Dom 12 (heute Am Dom 19) noch nicht gereinigt war. Er schreibt mit energischer Handschrift: „Ich begab mich hierauf in die Wohnung des Kastellans Heinrich Möller und forderte dessen Tochter zur Reinigung auf. Dieselbe erklärte aber, dass die Gefängnis-Inspektion die Reinigung zu besorgen habe. Der Gefängnis-Inspektor Blume sagte, dass er zwar Mittwochs und Sonnabends



- Bild 6: Schneeschieben vor dem Landgericht -

die Straße und Trottoir reinige, jedoch der Kastellan Möller für die Reinigung nach einem nächtlichen Schneefalle verantwortlich sei. Da ich schon wiederholt den Kastellan Möller zur Reinigung des Trottoirs aufgefordert habe und dieser stets sagte, dass die Gefängnis-Inspektion verantwortlich sei, so erscheint es zweckdienlich zu erfahren, wem die Reinigung vor dem Grundstück Domstraße 12 obliegt“. Womit er zweifelsohne Recht hat.

Mit wiederum gestochener Schönschrift antwortet am 02. Februar 1906 der Königliche Landgerichtspräsident gemeinsam mit dem Königlichen Ersten Staatsanwalt kurz und knapp, dass der Gefängnis-Inspektor als für die Reinigung der Straßen vor dem Gerichtsgebäude und dem Gefängnis verantwortlich zu gelten habe. Unterzeichnet ist dieses Schreiben von dem bis 1920 amtierenden Landgerichtspräsidenten Chuchul.

Bleibt anzumerken, dass die Gehwegreinigung vor dem Dienstgebäude Am Dom 19 heute

dem Hausmeister des Landgerichts Stendal obliegt, der hierfür eine motorgetriebene Kehrmaschine einsetzen kann. Die Reinigung mit Besen und Schneeschaukel ist sicher unbeliebter gewesen.